

**Protokoll
der 3. Sitzung des 44. Studierendenparlaments
der Philipps-Universität Marburg
am Mittwoch, den 13. Mai 2009
im Hörsaal 7 HSG, Biegenstraße 14, 35037 Marburg.**

Die Sitzung ist öffentlich.

[Begrüßung, Beschlussfähigkeit]

Die Präsidentin des 44. Studierendenparlaments **Josephine Bergmeier** eröffnet die Sitzung um 20:30 Uhr und begrüßt alle anwesenden ParlamentarierInnen. Sie stellt die Beschlussfähigkeit bei 22 anwesenden ParlamentarierInnen fest.

Sie verkündet den Rücktritt von Lena Zamzow (FFLL) und Benjamin Brandt (Jusos). Julia Hausdorf rückt bei der FFLL und Frank Lewalter bei den Jusos nach. Christian Nühling tritt von der RosaListe zurück.

TOP 1 [Protokolle der vergangenen Sitzungen]

Es gibt folgende Änderungen:

TOP 3 [Bericht des AStA]:

*Das Präsidium soll sich seiner Fehler bewusst werden, vermehrter Informationsfluss stattfinden und mehr Druck auf **die Landesregierung** ausgeübt werden.*

TOP 4 [Bericht des RPA]:

Stefan hat Kontakt zum alten RPA aufgenommen.

"Der Bericht des neuen RPA über den AStA Haushalt des letzten Jahres wird Anfang des Semesters fertig sein."

wird ersetzt durch:

*„**Der Haushaltsabschluss des vorigen AStA** wird Anfang des Semesters fertig sein.“*

Damit ist das Protokoll genehmigt.

TOP 2 [Genehmigung der weiteren Tagesordnung]

Der Tagesordnungspunkt '**Verschiedenes**' wird auf Stelle 8 verschoben. An seine Stelle rückt der Punkt '**Antrag zum APS-Kongress**'.

Die Tagesordnung wurde mit einer Enthaltung genehmigt.

TOP 3 [Bericht des AStA]

Die **AStA Party** war ein voller Erfolg, es wurde ein Gewinn von knapp 1000 Euro gemacht.

Referat Hochschulpolitik: arbeitet zusammen mit anderen Referenten am Bildungsstreik (Mitte Juni)

Der AStA beschäftigt sich mit dem APS-Kongress. Am Donnerstag findet eine Veranstaltung statt, zu der eine Gegendemo organisiert wird.

TOP 4 [Nachwahl der Präsidentin des Studentenparlaments]

Julia Hausdorf (FFLL) wird vorgeschlagen

Julia stellt sich vor.

Julia wird nach ihrer bisherigen HoPo Erfahrung gefragt.

Sie war im letzten Jahr StuPa-Abgeordnete für 5 Monate, außerdem Referentin für Geschlechterpolitik im letzten AStA und ist Mitarbeiterin im Fem-Archiv.

Julia wird mit 22 Stimmen gewählt.

Julia nimmt die Wahl an.

TOP 5 [Berichte aus den Gremien]

a) Wahlausschuss:

Stefan Schulte (DL, zentraler Wahlausschuss):

Alle eingereichten Vorschläge für den Senat und die einzelnen Fachbereichsräte wurden geprüft und fast alle angenommen. Eine Ausnahme war der Fachbereich Pharmazie, dessen Vorschlag zwar elektronisch, die Liste mit den Unterschriften aber nicht fristgerecht eingereicht wurde. Er wurde jedoch einstimmig vom Wahlausschuss angenommen, da es sich nur um eine Liste handelt und durch die Personenwahl keiner dadurch benachteiligt ist. Jeder Fachbereich hatte nur eine Liste außer Fachbereich 03. Dieser hatte 3 Listen, weshalb hier eine Listenwahl stattfindet. Auf Platz 1 steht die **Fachschaft Philosophie**, auf Platz 2 die **Linke Fachschaft 03** und auf Platz 3 die **Fachschaft Politikwissenschaft**. Die Fachschaft Sozialwissenschaften ist nicht angetreten.

Auf der Senatsliste belegt Platz 1: **Zusammenschluss Linker Listen**, Platz 2: **Juso Hochschulgruppe**, Platz 3: **LHG/RCDS**, Platz 4: **GHG**. Es wird erwartet, dass es keine Widersprüche gibt.

Es wurde auch über die Vizepräsidentinnen- und Präsidentenwahl gesprochen, die im November stattfinden, da die Amtszeit von Nienhaus und Schween endet. Außerdem wurde diskutiert, ob die Stelle von Herrn Heldtmeier neu besetzt werden soll. Demnächst findet die Ausschreibung für die VP-Stelle statt.

Nora Keller (Fachkraft, studentischer Wahlausschuss):

Gestern Abend fand die Prüfung statt: Bei den StuPa-Listen gab es keine Probleme. Bei den Fachschaftsräten wurde manche ausgeschlossen, da sie zu einem anderen Wahlfachbereich gehörten als dem Kandidierten.

Es wurden 14 Listen fürs StuPa eingereicht. Die FFLL wurde jedoch ausgeschlossen, da sie zu wenig Unterstützerstimmen hatte.

Ragna Fischer (LHG): Wie viele Listen wurden nun angenommen, 13 oder 14?

Nora: 14 Listen wurden eingereicht, wovon eine ausgeschlossen wurde.

Jan Beberweyk (LiBüLi): Einige Leute, die im Wahlausschuss sitzen, müssten zurücktreten, weil sie selbst für Wahl kandidieren.

Maximilian Meyer (GHG): Der Wahlausschuss ist nur zu dritt, obwohl eigentlich 5 drin sein sollten. Die LHG war nicht anwesend. Dazu gibt es ein Durcheinander über Nachrücker, so dass nicht feststellbar war, wer nachrücken sollte.

Nora: Das ist sehr schade, da es doch sehr viel Arbeit ist und die Vertreter von LHG und RCDS nicht anwesend waren.

Ragna: Es wurde uns mitgeteilt, dass Personen, die fürs nächste StuPa kandidieren auch im Wahlausschuss sitzen dürfen.

Juko Marc-Lucas (Fachkraft): Das stimmt nicht. Es gab dieses Problem schon einmal 2005. Da war ich auch Vorstand vom studentischen Wahlausschuss. Damals handelte es sich um einen RCDS Kandidaten im Wahlausschuss, welcher auch kandidierte. Wir haben dann entschieden, dass das nicht geht. Im Landeswahlgesetz dürfte die Antwort stehen. Dort steht ein Grenzfall, der die Kandidatur ausschließt für den Fall, dass Leute im Wahlausschuss sitzen, die sich somit selbst prüfen.

Pascal Barthel (Jusos): Damit haben wir ja dann ein Präzedenzfall, der das ausschließt. Außerdem kandidieren sonst Leute, die sich selbst prüfen müssten. Die Frage ist dann, wie man damit umgehen soll.

Juko: Im letzten Teil des Verwaltungsverfahrensgesetzes, wo es um die Beschlussfassung der Gremien geht, steht, dass man sich in so einem Fall zumindest für befangen erklären muss.

Max: Die Rechtsabteilung hat argumentiert, dass das Engagement an der Wahl belohnt werden sollte und man deshalb auch an der Wahl selber teilnehmen kann. Ich möchte anmerken, dass der Wahlausschuss kein Job ist, den man gerne macht. Es gibt so schon zu wenig Mitglieder und zu viel Arbeit. Diese sollte nicht noch weiter erschwert werden. Es geht darum, dass der Wahlausschuss auch angenehm arbeiten kann.

Juko: Es sollte trotzdem nicht so stehen bleiben, da es klare Rechtsvorschriften gibt. Man riskiert sonst, dass die Wahl im Nachhinein für ungültig erklärt wird. Dabei liegt das Problem, dass die Wahlbeteiligung der Studenten mindestens 25% betragen muss. Eine solche Rechtsumgehung ist zu fahrlässig, weil in einer Wiederholungswahl die 25% Quote schwer zu knacken sein könnte. Deswegen würde ich da durchaus kein Risiko eingehen.

Pascal: Ich denke wir können diese Diskussion schnell zu Ende führen. Wir haben eine Sitzung. Artikel 6 besagt: []

Julia H.: Aber es geht ja um den Wahlausschuss und nicht um WahlhelferInnen.

Anna Schreiber (AStA-Vorsitzende): Jedes Mitglied im Wahlausschuss ist automatisch auch WahlhelferIn.

Ragna: Wenn rechtlich eine solche Frage besteht, ist Sitzung von gestern überhaupt zulässig?

Max: In diesem Fall möchte ich darauf hinweisen, dass ich vom Wahlausschuss zurücktreten werde und damit der Wahlausschuss nicht mehr beschlussfähig ist.

Julia H.: Es wird zunächst die rechtliche Lage geprüft. Im Falle der Ungültigkeit muss das StuPa-Präsidium den Wahlausschuss nachbenennen.

Stefan: Wenn wir mal davon ausgehen, dass die Sitzung beschlussfähig war, denn Max wurde ja benannt und war auch anwesend. Man müsste prüfen, ob der Listenvorschlag der GHG gültig ist und man Max dort eventuell streichen müsste. Ich glaube nicht dass die Sitzung gestern ungültig war.

Ragna: Nachdem das jetzt geklärt ist, ist der Rücktritt gültig, was nichts daran ändert, dass die Sitzung gestern beschlussfähig war. Aber darf Max jetzt auf der Liste stehen bleiben?

Stefan: Wenn innerhalb einer Woche ein Widerspruch gegen den Wahlvorschlag der GHG kommen sollte, muss der Wahlausschuss sich treffen und über darüber entscheiden, ob Max von der Liste gestrichen wird. Das können wir jetzt nicht entscheiden.

Julia Flechtner (LiBüLi): Hat der Wahlausschuss schon Vorbereitungen für die Uniwahl selbst getroffen?

Nora: Nein, hat er nicht.

b) Verwaltungsrat Studentenwerk:

Jan: Es fand noch kein Treffen statt, da es momentan einige Komplikationen gibt. Montag ist aber ein Treffen geplant. Es soll folgendes besprochen werden: Investitionen von Konjunkturmittel des Landes in Baumaßnahmen, wiederholte Kürzung der Zuschüsse des Landes für die Uni, Auszahlungsprobleme beim Bafög (Geld-Topf des Landes ist begrenzt und ab bestimmten Punkt keine weiteren Ausgaben mehr möglich. Bafög kann im Sinne des Rechts nicht ausbezahlt werden). Es soll deshalb eine Verwaltungsklage an das Land Hessen gehen. Was ich selbst ansprechen möchte ist eine Auszeichnung der Inhaltsstoffe des Essens, die Länge der Ausgabezeiten, veganes Essen, sowie die Qualität des Essens. Wenn jemand noch weitere Themen angesprochen haben möchte, kann er mich ja ansprechen.

Juko: Es gibt nur noch zwei Menüs statt drei in der Mensa. Von ihm subjektiv beobachtet sind die Preise in letzten 3 Jahren gestiegen. Die Frage ist jedoch, wieso Jan sich auf das Land bezieht. Bafög steht doch für „**Bundes**-Ausbildungs-Förderungs-Gesetz“. Was hat das Land damit zu tun?

Jan: Das Land verwaltet die Auszahlung der Gelder.

Juko: Also kommt das Geld vom Bund und das Land ist nur Auftragsverwaltung.

Jan: In jedem Fall ist es ein Verstoß des Landes gegenüber dem Studentenwerk. Es wird juristisch geprüft, wer anzuklagen ist. Die Zuschüsse wurden jedenfalls vom Land gekürzt.

Die Geschäftsführung des Verwaltungsrats versucht die Qualität der Lebensmittel zu erhalten. Es wird im Gegensatz zu anderen Mensen, die anscheinend das Motto ‚food and chill‘ vertreten, kein vorgekochtes und aufgewärmtes Essen verkauft, sondern mit frischen Zutaten zu kochen. Die Qualität und Frische sollte gewahrt werden, was die

Preiserhöhung rechtfertigen soll.

Im Gesamthaushalt gibt es momentan kaum Spielraum. Aufgrund von Rationalisierungen wurden auch in letzten Jahren über 80 Stellen abgebaut, es kann aber nicht weiter bei Personal gespart werden. Auch die Tarifierhöhungen wurden vom Land nicht berücksichtigt.

Max: Wie viel Aushilfskräfte arbeiten zur Zeit in Mensa und wie ist die zeitliche Entwicklung?

Jan: Darüber habe ich im Moment keine Informationen. Ich werde da mal nachfragen.

c) RPA:

Stefan: Es geht um zwei Haushalts-Abschlüsse von letztem und vorletztem Jahr. Entgegen voreiliger Annahme im letzten Semester ist der alte RPA nicht mehr in Amt, deshalb muss jetziger RPA dessen Haushaltsprüfung übernehmen. Dabei gibt es das 'Problem', dass ich selber vorletztes Jahr als Finanzreferent tätig war und den Haushalt zum Teil selber mit zu verantworten habe und daher nicht an der Prüfung teilnehmen kann. Dieses Problem wird momentan rechtlich überprüft. Die Prüfung des neuen Haushalts werde ich jedoch mitmachen. Der Haushaltsabschluss ist jetzt fertig und es wird nun auf den AStA gewartet, den aktuellen Haushalt nach Fehlersuche dem RPA zum Prüfen zu geben. Ein wichtiger Punkt ist, dass Simon Wagner aus dem StuPa zurückgetreten ist und dadurch auch aus allen Gremien ausgeschieden ist. Somit muss jemand für ihn in den RPA nachgewählt werden. Für diese Nachwahl ist eine 2/3 Mehrheit nötig. Wir können auch mit 6 Leuten prüfen, aber wenn ich tatsächlich auch zurücktreten muss, wäre eine Nachwahl nicht verkehrt.

Julia H.: Anmerkung: Es gilt die Verhältniswahl bei der Nachwahl von Mitgliedern des RPA.

TOP 6 [Entlassung des Vorstandes]

Der Tagesordnungspunkt entfällt, da die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist.

TOP 7 [Antrag zum APS-Kongress]

Anna verliest den Antrag.

Ragna: Warum ist der Antrag nicht per eMail verschickt worden? Zahlen die Veranstalter für die Nutzung der Räume? Im Fall, dass gezahlt wird, gehe ich davon aus, dass alle Individuen an der Uni vernunftbegabt sind und sich selbst ein Urteil bilden können und nicht davor beschützt werden müssen.

Anna: Wegen kurzfristiger Lage konnte der Antrag nicht früher verschickt werden. Hinsichtlich der Zahlungen gab es Gespräche mit dem Präsidium, welches aber noch nicht zu Stellungnahme gebracht werden konnte.

*Antrag zur Erteilung des Rederechts für **Alexander Klock** (RosaListe), dem Mitverfasser des Antrags. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.*

Alex: Der Antrag ist das Gemeinschaftswerk mehrerer Personen, er wurde zunächst mit Julia erstellt.

Julia F.: Das Uni-Präsidium sagt, dass Miete für die Räume gezahlt wird. Die Möglichkeit zur freien Meinungsbildung ist schwierig, da die Kosten für die Teilnahme

sehr hoch sind. Deshalb finden wir nicht, dass dieser Kongress eine Veranstaltung zur freien Meinungsäußerung ist. Man wird stattdessen nur mit verschiedenen Pressemitteilungen konfrontiert.

Nils Gruël (*RosaListe*): Selbst wenn Geld gezahlt wird, sollte es nicht verbraten werden, um Homosexualität zu verhindern. Homosexualität ist keine Störung, die geheilt werden kann. Es geht nicht um freie Meinungsäußerung, sondern massive Diskriminierung, auch wenn es dafür Geld gibt.

Jan: Genau das ist ja der Punkt. Es werden pseudowissenschaftliche Sachen erzählt, die nicht an eine Uni gehören und bei denen es offensichtlich ist, dass Ideologien verbreitet werden. Gegen so was sollte man vorgehen und versuchen, sie wo immer es geht zu unterbinden. Wenn es in der Universitätseinrichtung stattfindet, wird die Diskriminierung bestärkt und wir sind nicht in der Lage, den Kongress zu überblicken, da das auch noch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Deshalb finde ich es verkehrt und bin der Meinung, dass der Kongress nicht stattfinden sollte.

Ragna: Der Kongress widerspricht der allgemeinen Lehre. Die Uni hat schon ihren Standpunkt klar ausgesetzt. Solang sie dafür Geld bekommt sollte der Kongress stattfinden dürfen.

Julia F.: Ich würde sagen, dass in dem Moment Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Der Kongress ist keine Form der Therapie. Diese sollte darauf begründet sein, dass man gut mit dem Leben auch außerhalb der Norm leben kann. In diesem Kongress wird aber Verdammung und Sünde gesprochen, wobei erstens die sexuelle Selbstbestimmung geleugnet wird und zweitens verlässt es den Boden der Wissenschaft und der freien Meinungsäußerung und Selbstbestimmung. Nicht alle Bürger Marburgs können sagen, was wissenschaftlich ist. Das Präsidium ist dafür verantwortlich und auch durch eine politische Stellungnahme nicht aus der Verantwortung gezogen. Außerdem muss man beachten, dass der Kongress Anschlussfähigkeit für die extreme Rechte gibt, welche ihm Rückendeckung geben. Es gibt schon Stellungnahmen der NPD, DVU und noch mehr Gruppen. Das ist kein Spaß! Das Präsidium muss sich klar äußern und das StuPa muss es dazu auffordern.

Alex: Der Name der Veranstaltung heißt "6. Internationaler Kongress für Psychotherapie und Seelsorge". Die Begriffe "Psychotherapie" und "Seelsorge" sind nicht geschützt. Die kann sich also jeder auf die Fahne schreiben. Man kann bei Interesse auf dieses Thema zurückgreifen. Der wissenschaftliche Stand sieht folgendermaßen aus: Konversionstherapien und aversive Therapien zur Veränderung der sexuellen Orientierung wurden schon in den 50er und 60er Jahren angewandt, davor auch im KZ-Buchenwald durch Hodentransplantationen von Heterosexuellen auf Schwule. Die Ergebnisse entsprachen jedoch nicht dem Gewünschten der KZ-Ärzte. Danach gab es noch noch mehr Versuche. Zum Beispiel eines, in welchem zu Bildern hübscher Männer Elektroschocks und Spritzen zur Brechreizinduktion verabreicht wurden, um die sexuelle Orientierung zu ändern. Die Amerikanische Psychaterorganisation beschloss 1976, die Homosexualität als psychische Störung zu streichen. 1992 ist die WHO mit der "International Classification of Diseases" nachgezogen und hat Homosexualität als psychische Störung gestrichen. Evangelikale Gruppe halten jedoch nach wie vor daran fest und legen Homosexuellen mit Selbstakzeptanzproblemen nahe, sich reparativen Therapien und Beratungen zu unterziehen. Wüstenstrom knüpft den Männern pro Beratungsstunde 56€, und 100€ und mehr pro Seminar ab. Weitere Materialien und Hintergrundinformationen erhält man auf der Homepage des Bündnis gegen Sexismus, Homophobie und religiösem Fundamentalismus: noplacel.blogspot.de und bei der Sprechstunde des AStA-Referats für Homosexualität, Kultur und Wissenschaft immer mittwochs von 17-19:00 Uhr.

Ragna: Es wurden die NPD und DVU erwähnt. Sind diese Gruppen Teilhaber oder Befürworter des Kongresses?

Alex: Es werden Wirkungseffekte angeführt, die zeigen, dass z.B. Veranstaltungen aus früheren APS-Kongressen von den rechten Gruppierungen kommentiert wird.

Josephine Bergmeier (DL): Den Referenten und Referentinnen geht es auch um Schwangerschaftsabbruch. Als Frau fühle ich mich besonders angegriffen. Frauen, die in Amerika abtreiben, werden sogar physisch angegriffen. Für den Status der Uni als öffentliches Gebäude ist das nicht akzeptabel. Frauen sind immer die Gearschten und wenn eine Frau so was auch noch sagt, macht mich das aggressiv. Diese Frauen sollten das Gebäude nicht betreten dürfen.

Julia F.: Ich wollte noch sagen, dass die junge Liberale eine Pressemitteilung zu dem Thema veröffentlicht hat, die man auch auf der genannten Homepage findet.

Alex: Teilnehmer müssen dafür 140€ zahlen. Nicht wissenschaftliche Beiträge sollten an der Uni nichts zu suchen haben. Dadurch, dass das an der Uni stattfindet wird das ganze aufgewertet und ich hoffe ich konnte skizzieren, warum so ungeheuerliche Veranstaltungen nicht in den Räumen der Uni stattfinden dürfen.

Es folgen einige kleinere Änderungsanträge. Der geänderte Antrag liegt dem Protokoll bei.

GO-Antrag von **Juko:** Es sollte nicht über Änderungen an der Begründung, sondern nur über Änderungen am Antrag abgestimmt werden.
GO-Antrag wird angenommen.

Daraufhin verspricht **Anna** die Übernahme der Veränderungen in der Begründung.

Abstimmung Hauptantrag: [21:0:0]
Der Antrag ist somit angenommen.

[Verschiedenes]

Ragna beantragt, dass alle abwesenden Parlamentarier als entschuldigt eingetragen werden, da keine Erinnerungsmail verschickt wurde.

Julia H.: Wenn eine Sitzung nicht beschlussfähig ist, vertagt sie sich automatisch. Das steht in der Satzung und sollte allen Parlamentariern bekannt sein.

Juko: Die Forderung ist gegenstandslos, da zum einen die eMail nicht verpflichtend geschickt werden muss und zum anderen unter dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" keine Abstimmung erfolgen kann.

Stefan: Jeder sollte weitere WahlhelferInnen für den Wahlausschuss suchen, weil es von Seiten der Professoren und Mitarbeitern eine sehr geringe Motivation gibt, da es sich nur um eine Studentenwahl handelt.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen.

Julia schließt die Sitzung um 22:00

Marburg, den 13. Mai 2009

Für das Protokoll:

Victoria Krohn und Mathias Schulz,
Vizepräsidium des 44. Studierendenparlaments

Für die Richtigkeit:

Julia Hausdorf,
Präsidentin des 44. Studierendenparlaments